

# „Umsetzung einfordern“

## Lippstädter Mitgliedschaft in der AGFS in der Warteschleife

■ Lippstadt (hz). Sie berät, vernetzt, fördert und gibt Impulse für eine moderne Stadtentwicklung: Gemeint ist die AGFS NRW (Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte) im Land zwischen Rhein und Weser. Dieser Zusammenschluss ist für viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen längst ein strategischer Partner auf dem Weg zu sicherer und nachhaltiger Mobilität. 96 Städte sind bereits in ihr Mitglied. Lippstadt noch nicht, obwohl der Beitritt vom Stadtrat schon in 2021 beschlossen wurde. Die Tatsache, dass die Verwaltung der größten Stadt im Kreisgebiet diesen Ratsbeschluss bislang noch nicht umgesetzt hat, hat das „FahrradNetzwerk“ als Zweig des Lippstädter Klimanetzwerks in seinem Fragenkatalog an die Politik zur Radwegesituation in der Stadt an der Lippe gleichfalls aufgenommen.

Die inzwischen ausgewerteten Antworten offenbaren nach den Worten des Sprechers vom „FahrradNetzwerk“, Karl-Heinz Tiemann, ein klares Muster: Viele wollen den Beitritt in die AGFS, doch es passiert nichts. Das Problem scheine tiefer zu liegen als bei der Entscheidung selbst. Michael Bruns von der Linkspartei bringt die Sache auf den Punkt: „Der Ratsbeschluss ist da, aber in der Verwaltung bewegt sich nichts.“ Für ihn ein Ausdruck struktureller Blockaden. Der Ratsherr nennt das „frustrierend“, kündigt zugleich an, weiter Druck zu machen. Auch mit Blick auf die notwendige personelle Verstärkung. Sein Fazit: Wer wirklich will, findet Wege – wer nicht,

Ausreden. Jürg Haseloff (FDP) zeigt sich grundsätzlich offen für einen Beitritt, aber nur „ideologiefrei“ und mit klarem Nutzen. Die AGFS dürfe kein politischer Selbstzweck sein. Das Signal: Interesse an modernen Konzepten – solange sie nicht wehtun oder verpflichten.

Elisabeth Körner, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erinnert daran, dass der Antrag auf AGFS-Mitgliedschaft auf eine grüne Initiative zurückgehe. Umso unverständlicher sei für sie, dass die Umsetzung stockt. Die Verwaltung, so ihr Vorwurf, stehe offenbar nicht hinter dem politischen Beschluss. Ihre Botschaft:



Beispiel für den desolaten Zustand der Radwege im Lippstädter Stadtgebiet: Der Radweg entlang der Lipperoder Straße.

Foto: Karl-Heinz Tiemann

Gute Beschlüsse reichen nicht – sie müssen auch eingefordert und umgesetzt werden.

Hans-Dieter Marche von der Bürgergemeinschaft antwortet knapp mit einem „Ja“. Ohne Erläuterung, ohne Kontext, ohne erkennbare Haltung zur Dringlichkeit des Themas. Der Eindruck:

Zustimmung ohne Überzeugung.

Und Alexander Tschense, parteiloser und von der SPD unterstützter Bürgermeisterkandidat, sehe in der AGFS-Mitgliedschaft

### Strukturelles Problem

vor allem eins: die Chance, von anderen Städten zu lernen. Man müsse „nicht jedes Rad neu erfinden“. Für ihn sei Vernetzung kein Selbstzweck, sondern ein Hebel für Entwicklung.

Die örtliche SPD stellt klar: Der

sondern handeln – gemeinsam mit einer engagierten Verwaltung.

Der von der CDU gestellte Bürgermeister Arne Moritz zeigt sich einmal mehr reserviert. Der AGFS-Antrag sei „umfangreich“, man wolle sich lieber auf konkrete Projekte konzentrieren. Eine klare Position pro oder contra Beitritt bleibt aus. Das Problem: Verwaltungsengpässe als Vorwand, strategische Weichenstellungen zu vermeiden.

Politisch ist die Sache eigentlich klar, stellt Karl-Heinz Tiemann heraus: „Es gibt eine Mehrheit für den Beitritt zur AGFS. Doch zwischen Willensbekundung und tatsächlicher Umsetzung klafft eine Lücke, und diese wird immer größer.“ Das sei ein Alarmzeichen für demokratisches Handeln. Die AGFS stehe für mehr als gute Ratschläge. Sie ist ein Netzwerk für Zukunft, für Bewegung, für lernende Städte. Wer nicht dabei sei, verliere den Anschluss: an Fördermitteln, Innovationen und an Vorbilder im Wandel. Und Lippstadt stehe noch draußen. Was fehle sei der Durchsetzungswille in der Verwaltung und bei Teilen der politischen Führung. Dass ein Ratsbeschluss über Jahre hinweg unbeachtet bleibt, sei nicht nur eine verpasste Chance, sondern ein strukturelles Problem. Wenn politisch gewollte Fortschritte an administrativer Trägheit scheitern, gerate mehr ins Wanken als nur ein Projekt. Dann stehe die Glaubwürdigkeit politischer Prozesse auf dem Spiel.

Die Serie wird in der kommenden Ausgabe zum Thema „Sicherer, attraktiver und inklusiver Radverkehr als Bestandteil der Mobilitätswende“ fortgesetzt.

Beitritt zur AGFS sei überfällig und ein logischer Baustein moderner Stadtentwicklung. Fördermittel, Wissenstransfer und Netzwerkzugang seien entscheidend für die Mobilitätswende. Der Beschluss von 2021 müsse endlich umgesetzt werden. Der Anspruch der SPD: Nicht nur beschließen,